

Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik - Gute Arbeit in Europa – Thesen und Fragen zur FNPA Jahrestagung im April 2014¹

I. Vorbemerkung

Das Forum Neue Politik der Arbeit hat in den Jahren 2002 bis 2006 einen Diskussions- und Arbeitsprozess von den „Spandauer Fragen“ (Scholz u.a. 2004) bis zu den „Spandauer Thesen“ (Scholz u.a. 2006) organisiert. In ihm wurden der „Epochenbruch“ und das neoliberale Rollback mit seinen paradoxalen Wunscherfüllungen und falschen Freiheitsversprechen als Antwort auf die Krise der fordistischen Wohlfahrtsstaaten der ersten Nachkriegsjahrzehnte früh richtungsweisend kritisiert. Nun geht es uns, anknüpfend an bereits mehrere Veranstaltungen zur Europa-Krise - um einen Arbeitsprozess, der über die Kritik von „Epochenbruch“ und „neoliberalem Rollback“ im Zeichen der illusionären Versprechungen seit der Jahrtausendwende hinausführen soll. Es geht um eine Kritik an dessen Verlängerung durch eine Austeritätspolitik, die vor allem Ängste schürt, aber keine Antworten auf immer unübersehbarere multiple Krisenentwicklungen anbieten kann. Und im Sinne eines Fazits unseres letzten Europaworkshops vom August 2013 wollen wir weiter daran arbeiten, mit „leidenschaftlicher Geduld“ das Thema Europakrise im Blick auf eine Alternative zur herrschenden neoliberalen Erzählung zu durchdenken. Neben vielen Anderen beteiligen wir uns hier an einer immer dringlicher gewordenen Debatte.² Die Jahrestagung vom April 2014 soll der Auftakt für diesen Arbeitsprozess sein.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen für weitere Arbeiten ist eine Verknüpfung von (1) Europa-Krise“ und (2) Formwandel der Arbeit. Gut daran ist, dass wir hier die beiden Themen haben, zu denen das FNPA im vergangenen Jahrzehnt immer wieder intensiv gearbeitet und Jahrestagungen und Workshops durchgeführt hat. Die Herausforderung ist nun, beides weiterführend zu verknüpfen. Dieses Verknüpfungsproblem kann man auf zweierlei Ebenen angehen: Zum einen relativ abstrakt, indem man allgemein aus der Perspektive des wissenschaftlichen Beobachters fragt, was diese Verknüpfung bedeuten könnte; zum anderen, indem man durch geeignete Fragen einen Dialog zwischen Wissenschaft und

¹ Die nachfolgenden Thesen entstanden im Zuge der Vorbereitung der Jahrestagung 2014 des Forums Neue Politik der Arbeit, „Arbeitspolitik in Europa, Berlin 11./12. 04. 2014. Zusammen mit Thesenpapieren anderer Mitglieder des Vereins Forum Neue Politik der Arbeit sollen sie in ein gemeinsames Thesenpapier zur Vorbereitung der Jahrestagung münden.

² Vgl. dazu seitens des FNPA bereits Scholz u. a. (2009) sowie zuletzt: die Jahrestagungen 2012 und 2013 sowie den Workshop vom August 2013 des FNPA (www.FNPA.de) sowie u.a. Enzensberger 2011, den Aufruf „Europa neu begründen“, Habermas 2008, 2011 und 2013, Buckel u.a. 2013, Sauer u.a. 2013, Lehndorff 2013 u. 2014. Urban 2013, das Supplement „Ist Europa noch zu retten?“ zur Zeitschrift „Sozialismus 04/2014 sowie die zahlreichen Beiträge zum Schwerpunktthema „Widersprüche und Kontexte der europäischen Integration“ in der Zeitschrift ‚Das Argument‘, Heft 301/2013.

außerwissenschaftlicher Praxis anzustoßen versucht, der in konkretere Antworten münden könnte. Aus der Perspektive handelnder Akteure wäre da zu fragen, wo und wie sich solche Verknüpfungen unserer beiden Themenstränge als möglich und sinnvoll erweisen könnten. Das vorliegende Papier gliedert sich entsprechend einer solchen Zweiteilung in Thesen und Fragen. Dabei dürfte „gute Arbeit“ für deutsche Gewerkschafter einigermaßen klar definiert sein. Was sich heute mit dem Begriff für Gewerkschafter aus anderen europäischen Ländern verknüpft, ist hingegen unklar. Im Blick auf die multiplen Krisenentwicklungen, denen wir uns heute gegenübersehen müsste Gute Arbeit freilich nicht nur Lösungswege für die Wiederherstellung sozialer Bürgerschaft Aller eröffnen helfen, sondern auch Antworten auf die ökologische Krise einschließen wie auch auf die Krise der Demokratie. Unbeschadet der Stärken der gewerkschaftlichen Kampagne für Gute Arbeit sei daran erinnert, dass neben der Frage wie wir arbeiten im ökologischen Diskurs der 1980er Jahre die Frage was produziert werden soll, anders als heute eine sehr bedeutende Rolle spielte.

II. Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – zwölf Thesen

1. *Der herrschende Politikbetrieb kann aus der Europa-Krise nicht herausführen.*

Sechs Jahre nach Beginn der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise lässt sich der herrschende Politikbetrieb in der Europäischen Union - mit der Regierung Merkel als treibender Kraft - nach wie vor von den Finanzmärkten und einer „international abgehobenen Managerklasse, die auf ‚ihre‘ Politiker wie auf unfähige Bedienstete herabblickt“ (Habermas 2013 Freeland 2012), zu einer Austeritätspolitik drängen, die die EU spaltet und sich zu einer manifesten Bedrohung für die im „Elitenprojekt Europa“ ohnehin unterentwickelte Demokratie auswächst. Ein Zusammenbruch der Finanzwirtschaft wurde verhindert, aber „die Voraussetzungen für die Rückkehr auf einen Wachstumstrend mit starken Beschäftigungseffekten (sind) heute schlechter als in den 1930er Jahren“ (Zinn 2013, 58). Zugleich gilt: ohne ein kurzfristig dringliches „standard-keynesianisches“ Wachstumsprogramm „wird Europa (...) im Depressionssumpf versinken“ (Zinn 2013, 48). Dass es nach „vier Jahren Dauerkrise“ derzeit einige Hinweise darauf gibt, dass „die Talsohle erreicht sein könnte“ feiert die EU-Kommission gerade als Erfolg ihrer Austeritätspolitik; aber die wirtschaftliche Lage hat sich nicht wegen sondern trotz der Austeritätspolitik leicht gebessert. Beschäftigungsschaffendes Wachstum bleibt außer Sicht, und die Erholung ist alles andere als stabil. (vgl. Bsierske 2014, 32f). Wie lange diese in hohem Maße widersprüchliche Konstellation ein Zeitfenster für die Kräfte offen hält, „die für ein anderes Europa streiten“, wird die Zukunft erweisen müssen (Urban 2013). Führende Gewerkschafter fragen heute völlig zu Recht: „Ist Europa noch zu retten?“

2. Nach dem moralische Verschleiß der sozialistischen Alternative ist die herrschende TINA-Politik der heillose Verzicht auf Politik.

Der Marxismus als die große Hoffnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Arendt 2003) erweist sich zwar noch immer als unverzichtbares Instrument zum Verständnis der ökonomischen Krise des Kapitalismus: Aber die Implosion des Staatssozialismus, der einmal real existiert hat, hat dem neoliberalen Rollback nicht zuletzt auch deshalb zusätzliche Schubkraft verliehen, weil damit die Idee des Sozialismus nun definitiv moralisch verschlissen worden ist. Das „Gespenst des Kommunismus“, das das kommunistische Manifest vor über 150 Jahren einmal, durchaus geschichtsmächtig, heraufbeschworen hat, ist Geschichte. In einer Lage, die so womöglich noch aussichtsloser erscheinen könnte, als sie die Marxismus-Kritikerin Hannah Arendt in ihren nachgelassenen politischen Schriften schon seit der Mitte des letzten Jahrhunderts bezeichnet hat, geht es heute erneut darum, von neuem einen Entwurf alternativer Entwicklungsoptionen auf der Höhe der Zeit auszuarbeiten.

Innerhalb einer nach neoliberalen Geist globalisierten Welt ist es allerdings das „Gespenst des Kapitals“ (Vogl 2010), das das Denken und Handeln bestimmt. In der Folge sind wir mit postdemokratischen Entwicklungen konfrontiert. Die herrschende TINA-Politik der Durchsetzung von angeblichen Sachzwängen ist in Wahrheit der Verzicht auf Politik. Trotz wachsender Legitimationsprobleme und der zunehmenden Gefahr, dass „die Demokratie auf der Strecke bleiben wird“, reicht der „phantasielose Machtopportunismus der Parteien“ (Habermas 2013) aber noch immer aus, um den herrschenden Politikbetrieb weiter am Laufen zu halten. Und die Bedeutung der europäischen Handlungsebene für dessen Justierung bleibt für die BürgerInnen vielfach im Nebel: Weniger als 40 Prozent der Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall halten Europa für ein sehr wichtiges Handlungsfeld (Lemb/Urban 2014,49).

3. Der sozialdemokratische Pragmatismus ist in dieser Lage keine „Tugend der Orientierungslosigkeit“.

Die deutsche und europäische Sozialdemokratie hat nach dem Ende der „goldenen Jahrzehnte des Fordismus“ und der Implosion des Realsozialismus, der immerhin für die Herausforderung stand, selbst Alternativen „dritter Wege“ zu verfolgen, die Perspektiven eines „neuen Reformismus“ (v. Oertzen 1984) zu einer Weiterentwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien über den so leidlich gebändigten Kapitalismus hinaus aus den Augen verloren. Zu Zeiten der Regierung Schröder wurde im Bundeskanzleramt stattdessen, verknüpft mit der Frage nach den „Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in Politik“ eine neue „Tugend der Orientierungslosigkeit“ ausgerufen (Nowak 2001, kritisch dazu Martens 2013, 174ff). Unter dem Druck eines stetig forcierten neoliberalen Rollbacks wurde so faktisch eine Aufgabe früherer Reformpolitiken in Anpassung an die Versprechen einer nunmehr besseren Zukunft im Zeichen entfesselter Märkte vollzogen. Das Ergebnis war jedenfalls ein Verlust in das Vertrauen sozialdemokratischer Politik. Der

Reformbegriff in den herrschenden Diskursen zielt schon lange nicht mehr auf Verbesserungen für die Menschen.

4. Die Verdopplung gesellschaftlicher Reichtumsproduktion ist Chance und Herausforderung für ein „reiferes zivilisatorisches Modell“.

Wir haben in den vergangenen 40 Jahren eine Verdopplung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion erlebt. Nach der Krise der Nachkriegsordnung, die u.a. in den kulturevolutionären Bewegungen im Ausgang der 1960er Jahre sichtbar wurde, hat das neoliberale Rollback, die Antwort auf die Krise des Fordismus im Zeichen „neuer Arbeit“ „zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung“ zu geben versucht (Martens/Peter/Wolf 2001) – verknüpft mit einer Art „paradoxa Wunscherfüllung“ im Blick auf die Forderungen nach mehr Mit- und Selbstbestimmung der Bewegungen im Ausgang der 1960er Jahre. Im Zeichen der damit verbundenen Formen „neuer Arbeit“ (Martens 2014b) wird heute von den Beschäftigten auf fast allen Ebenen unternehmerisches Mitdenken gefordert. Während aber die Renditeerwartungen des Kapitals sakrosankt blieben und im Zeichen Ackermanscher Setzungen gar in ungeahnte Höhen stiegen, vollzogen sich neue gesellschaftliche Spaltungsprozesse, erlebten wir die Erosion der gesellschaftlichen Mittelschichten, die „Metamorphosen der Lohnarbeit“ (Castel 2000) und die Entstehung eines neuen Prekariats (Castel/Dörre 2009). Der Aufforderung nach auch unternehmerischer Mitverantwortung der sogenannten neuen „Arbeitskraftunternehmer“ entsprechen keinerlei Ansätze zur Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft. Vielmehr erodierten alte institutionell befestigte Mitbestimmungsrechte. Zugleich wachsen die ökologischen Risiken des auf entfesselten Märkten forcierten ökonomischen und technologischen Fortschritts. V. Weizsäcker u.a. (2010) sprechen vor diesem Hintergrund heute von der Notwendigkeit zu einem „reiferen zivilisatorischen Modell“ zu gelangen. Was dies heißt wäre aber erst noch auszubuchstabieren (Martens 2014a).

5. Die „marktkonforme Demokratie“ ist die hilflose Fortsetzung des in die Krise geratenen „Eliten-Projekts“ Europa.

Unübersehbar befinden wir uns inzwischen in Europa, so formuliert Jürgen Habermas zutreffend, „auf dem postdemokratischen Weg zu einem marktkonformen, das heißt auf Finanzmarktimperative zugeschnittenen Exekutivföderalismus.“ Im Konzept einer solchen „marktkonformen Demokratie“, für dessen Durchsetzung die Bundeskanzlerin die gegenwärtige Krise nutzen will (Merkel 2013), würde nicht nur die Demokratie auf der Strecke bleiben. Die Chance, die Finanzmärkte immerhin innerhalb eines Wirtschaftsraumes kontinentalen Ausmaßes, zu regulieren, wurde so vergeben, und der so eingeschlagene Weg blieb ökonomisch und politisch hochgradig Krisenanfällig (Urban 2013). Die europäische Einigung nach 1945 ist ein von wirtschaftlichen und politischen Eliten über die Köpfe der Bevölkerung hinweg betriebenes Projekt gewesen (Enzensberger 2011). Doch die Erfahrungen der „Nacht des 20. Jahrhunderts“ und eines dynamischen Wiederaufbaus in den „goldenen Jahrzehnten des Fordismus“ beförderten in den auch nationalstaatlich immer nur

„halben Demokratien“ für lange Zeit ein hinreichend attraktives Europabild, das sich in den 1970er Jahren sogar mit einem Aufbruch zu mehr Demokratie im je nationalen Rahmen – in Deutschland und den skandinavischen Ländern v. a. durch eine Demokratisierung der Wirtschaft - zu verbinden schien.

6. Die alten Leitideen europäischer Integration werden durch deren neoliberale „Fortsetzung“ zerstört, und die Euro-Krise hat überall den euroskeptischen Rechtspopulismus verstärkt.

Die entsprechenden Hoffnungen in der Aufbruchphase der europäischen und deutschen Sozialdemokratie in den 1970er Jahren waren jedenfalls groß; und obwohl die damaligen „Leitideen“ in den 1980er Jahren längst durch neue neoliberale Konzepte und Versprechen ersetzt wurden, behielten sie für die Menschen in den Ländern des implodierten Realsozialismus hohe Attraktivität. Heute sind es so ganz unterschiedliche, aber immer hoch widersprüchliche Erfahrungen, die die Menschen in den Großregionen Europas verarbeiten müssen. Wenn ihre seit langem in einer „Politikverflechtungsfalle“ (Scharpf 1985) verfangenen Eliten da die alten Leitbilder weiter hochhalten und zugleich die einseitig kapitalfreundliche Politik der vergangenen Jahrzehnte - die ihnen keineswegs mehr entsprechen, vielmehr inzwischen europäische Primärrechte verletzen (Fischer-Lescano 2014, Buntgenbach 2014) - in Europa weiter forcieren, muss das zu einer wachsenden Europaverdrossenheit führen. Inzwischen vertrauen nur noch 31% der Europäer den europäischen Institutionen (Standard-Eurobarometer 2013). An die Stelle der neoliberalen Versprechungen und Hoffnungen zu Beginn des Jahrhunderts sind inzwischen Angst vor dem Abstieg, vor Armut und Überfremdung getreten. Zunehmend flüchtet man in den vermeintlich naturwüchsigen Halt nationaler Zugehörigkeiten. Die Euro-Krise hat überall den euroskeptischen Rechtspopulismus verstärkt. Umfragen belegen, dass heute in den potentiellen Geberländern einer europäischen Transferunion Mehrheiten für eine fällige Veränderung der europäischen Verträge nicht leicht zu gewinnen sind. Und in den europäischen Ländern im Süden und Osten schwindet die Integrationskraft der überkommenen politischen Institutionen, leiden Sozialdemokratie und Gewerkschaften an „Schwindsucht“ und grassieren separatistische und rechtspopulistische, zunehmend auch offen rechtsradikale Strömungen. Dies sind nicht zuletzt auch Gegenströmungen gegen die „Gefahr eines ‚deutschen Europas‘“ (Habermas). Dagegen zu setzen wäre ein neues/erneuertes Leitbild eines anderen Europa, dessen Vielfalt zu pflegen und dessen Reichtum zum Nutzen aller seiner BürgerInnen zu gebrauchen und weiter zu entwickeln wäre.

7. Der globalisierungsverstärkende Marktliberalismus der EU hat aber auch einen europäischen, realitätsmächtigen, aber falschen Gesamtarbeiter hervorgebracht.

Unter kapitalistischen Bedingungen bringt sich immer wieder ein „realitätsmächtiger aber falscher Gesamtarbeiter“ (Negt/Kluge 1981) selbst neu hervor. In den letzten Jahrzehnten hat er sich in einer immer enger europäisch verflochtenen

Marktwirtschaft neu formiert. Deren Herausbildung unter den Bedingungen „neuer Arbeit“ war anfangs mit großen Freiheitsversprechen verknüpft, und die Möglichkeiten hierfür sind mit der Verdopplung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion in den vergangenen vierzig Jahren immens gewachsen. Aber diese Potentiale wurden und werden nicht realisiert. Stattdessen erleben wir die Zersetzung der alten wohlfahrtsstaatlichen Institutionen mit sinkenden Einkommen, drohender Altersarmut und dem Verfall öffentlicher Infrastrukturen in der Folge. Stetige Reorganisationsprozesse der Arbeit im Interesse höherer Renditen untergraben inzwischen auch für die modernen WissensarbeiterInnen die Balance zwischen Arbeiten und Leben. Die Versprechen der Politik, mit einer gleichzeitigen Umverteilung des Reichtums von unten nach oben würden die Voraussetzungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen erhöht, erweisen sich als trügerisch. Tatsächlich zerstört infolge solcher strikt angebotsorientierter Wirtschaftspolitik eine europaweit dramatisch angewachsene Arbeitslosigkeit vor allem die Zukunftshoffnungen der jungen Generation. Die „neoliberale Konterrevolution“ der vergangenen Jahrzehnte hinterlässt ihnen vor allem Verwüstungen eines in Westeuropa schon einmal erreichten Status „sozialer Bürgerschaft“ (Balibar 2008). Und die EU-Kommission betreibt weiter eine Politik, die zu noch mehr Sozialdumping führen wird (Schäfers 2014). Die EU-Osterweiterung und die Krise der südlichen Peripherie haben diesen Trend verstärkt. Gewerkschaftliche Regulierungen blieben hier von Anfang an äußerst schwach oder wurden im Zuge der Euro-Krise weitgehend zerschlagen. Die Gewerkschaften konnten dagegen bislang kaum europäische Machtressourcen entwickeln. Die europäische Einigung als im Kern ökonomisches Projekt hat auch keine „europäische Öffentlichkeit“ geschaffen (Habermas 2008), die die Gewerkschaften hierzu nutzen könnten. Ein wesentlicher Grund für die „gewerkschaftliche Strategielücke“ (Lemb/Urban 2014, 48f) dürfte hier zu finden sein. Eine europäische Öffentlichkeit, in der über Zukunftsvorstellungen für ein Europa seiner BürgerInnen gestritten würde, ist medial wie parteipolitisch defizitär. Sehr real ist dagegen „die Gewalt des Zusammenhangs“ (Negt/Kluge 1981) der als Elitenprojekt forcierten europäischen Marktintegration, die unter dem Druck der Europa-Krise forciert nach neoliberalen Glaubenssätzen und in fortschreitend postdemokratischen Formen forciert wird.

8. *Elitenversagen behindert die Entwicklung grenzüberschreitender Solidarität.*

Dagegen einen starken Beitrag zur Herstellung einer konstruktiv-kritischen europäischen Öffentlichkeit zu leisten, fällt den ohnehin durch die Krisenentwicklungen geschwächten Gewerkschaften schwer. Die Umstellung auf ein von den nationalen Bevölkerungen nicht nur toleriertes sondern getragenes neues Projekt Europa müsste heute eine durch das „Weiter so“ der herrschenden Politik im Grunde bedenkenlos herbeigeführte hohe Schwelle einer grenzüberschreitenden Solidarität der Bürger Europas überwinden. Aber im Wege steht da, dass das „politische Schicksal Europas derzeit“, wie Jürgen Habermas zu Recht konstatiert hat, „an der Einsicht und der normativen Empfindlichkeit, am Mut, an dem Ideenreichtum und an der Führungskraft der politischen Parteien hängt, in zweiter

Linie freilich auch an der Wahrnehmungs- und Reaktionsfähigkeit der politischen Leitmedien“. An beidem herrscht eklatanter Mangel. Zu fragen ist mithin, wie in dieser, bereits zutiefst durch postdemokratische Entwicklungen geprägten Lage überhaupt in „einem neuen Modus des Politischen“ (Arbeitsgruppe Demokratie 2013) von neuem politische Prozesse in den Ländern der Europäischen Union von unten her in Gang gesetzt werden können, von denen man hoffen darf, dass in ihrem Verlauf eine Neuerfindung Europas möglich wird.

9. Die Linke befindet sich in dieser Lage in einer komplizierten, auf den ersten Blick dilemmatischen Situation.

Für Forderungen nach einem anderen Europa sind in den nationalen oder im europäischen Parlament keine Mehrheiten absehbar. Der Sozialdemokrat und Präsident des Europaparlaments Martin Schulz hat der kritischen Analyse, die Jürgen Habermas vor dem SPD-Parteivorstand vorgetragen hat (Habermas 2014), „nichts hinzuzufügen“ (Hickmann 2014) und fasst selbst für den Fall seiner EU-Kommissionspräsidentschaft eine Veränderung der EU „in Gänze“ ins Auge (Schulz 2014), geht dabei aber auf Kernfragen der herrschenden Austeritätspolitik nicht ein und ist sich erkennbar über die Grenzen der auf institutioneller Ebene gegebenen Veränderungschancen im Klaren. Veränderungsdruck müsste deshalb zunächst außerparlamentarisch in einzelnen Mitgliedsländern entstehen, Und wenn er dort entstünde, wären Veränderungen nur als offener Konflikt vorstellbar. Dabei ginge es zugleich um das Einklagen europäischer Grundrechte und um den Bruch mit dem „Regime autoritärer Prekarität“ (Lemb/Urban 2014, 44f), durch das mittels Troika, EMS, Fiskalpakt etc. die rigide Austeritätspolitik durchgesetzt wird. Die einzelstaatliche Ebene der Mitgliedsländer der EU ist unter diesem Blickwinkel immer noch „das wichtigste Terrain des Kampfes um Emanzipation“ (Wahl 2013). Zugleich wird es aber darauf ankommen, von solchen Kämpfen im je einzelstaatlichen Rahmen ausgehend, eine neue und andere europäische Perspektive zu entwickeln. Denn auf der einzelstaatlichen Ebene mag man den erodierenden Wohlfahrtsstaat noch ein Stück weit verteidigen können, aber ökonomische und ökologische Lösungsperspektiven werden europäisch und werden ein Gegenentwurf zu der neoliberalen Austeritätspolitik sein müssen (Zinn 2013). Was hier auf Seiten der Linken derzeit als strategische Handlungsansätze kontrovers diskutiert wird (zuletzt Sauer/Wahl 2013), beschreibt nicht einander womöglich ausschließende Lösungswege, wohl aber die Einsicht, dass das andere Europa nur aus einer Dynamik national beginnender Kämpfe und Bewegungen heraus zu denken ist, einer Dynamik, die dann aber europäisch entfaltet und gestaltet werden muss.

10. Neue Protestbewegungen machen Hoffnung; aber noch bleiben sie „flüchtige Erscheinungen“.

Die Jahre seit 2011 waren nach 1968 und 1989 (in Osteuropa) durch ein vergleichsweise besonders hohes Maß sozialer Konflikte und Bewegungen gekennzeichnet. Bedeutsam war im Zuge der raschen Entfaltung dieses Protests die katalytische Funktion von Social Media: Kennzeichnend sind Vernetzungsdichte,

hohe Spontanität und hohe Dynamik. Der Protest entwickelt sich so in Gestalt nicht linearer Systeme. Man kann über die Netze mächtig werden, und Macht definiert sich neu (Roth (2012)). Das macht Hoffnung. Zu erkennen ist allerdings nahezu nirgends in diesen nach Anlass, Charakter Zusammensetzung und Motivation höchst unterschiedlichen Bewegungen – vom arabischen Frühling über die Protestbewegungen von Madrid über London, Athen und Lissabon bis zu Occupy Wallstreet und später in Istanbul oder in Brasilien – eine stabile andauernde Organisation der Arbeit an Alternativen. Derzeit vermittelt die in Deutschland veröffentlichte Meinung ein Bild relativer Ruhe. Aber man sollte sich nicht täuschen: Da der herrschende Politikbetrieb bestenfalls in der Lage ist, „Zeit zu kaufen“ (Streeck 2013), werden neue eruptive Ereignisse kommen. Im Hinblick auf eingreifende Veränderungen ins Getriebe des herrschenden Politikbetriebs wird dann alles davon abhängen, ob und wie Parteien und Verbände frühzeitig an Alternativen gearbeitet und diese auch schon überzeugend propagiert haben. Die zunehmend kritische gewerkschaftliche Debatte hat hier ihren Stellenwert, auch wenn sie medial noch weitgehend ignoriert wird und selbst in der eigenen Mitgliedschaft nur mühsam an Boden gewinnt.

11. Es gilt, eine inzwischen gärende Unzufriedenheit produktiv zu machen.

Auffällig ist weiterhin, dass die Aktiven in diesen neuen dynamisch vernetzten Prozessen eines selbsttätigen Protests und Widerstands in aller Regel mit einiger Skepsis und Distanz den Verbänden und Parteien der traditionellen Linken, von den Gewerkschaften über die Sozialdemokratie bis hin zu den vereinzelt Resten kommunistischer Parteien, gegenüberstehen. Und umgekehrt lässt sich der herrschende Politikbetrieb einschließlich der darin etablierten Oppositionsparteien und inkorporierten Verbände, von diesem neuen außerparlamentarischen Protest noch wenig beeindruckt. Es entsteht so das Bild einer zunehmend gärenden Unzufriedenheit und immer neuer Protest- und Suchprozesse angesichts postdemokratischer Entwicklungen, Die herrschende Politik bleibt demgegenüber politisch gehaltvolle Antworten nach wie vor schuldig. Parteien der Linken und Gewerkschaften formulieren zunehmend schärfer ihre Kritik, agieren aber immer noch eher hilflos – vor allem im Hinblick auf die europäische Handlungsebene. Allerdings organisieren Gewerkschaften in südeuropäischen Ländern durchaus Widerstand, hat der EGB erstmals eine Entscheidung des Ministerrats (Fiskalpakt) abgelehnt, werden von den Gewerkschaften zunehmend Forderungen nach einer anderen Wirtschaftspolitik in Europa erhoben (DGB 2013, Bsierske 2014) und hat in den Gewerkschaften ein grundlegendes Nachdenken über neue Reformprozesse zu einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in europäischer Perspektive begonnen.

12. Es gilt, eine kritische Öffentlichkeit, wo immer möglich, zu stärken und auf die kommenden Konflikte vorbereitet zu sein.

Die Logik des herrschenden Politikbetriebs – in Deutschland wie innerhalb der EU - zielt auf eine Verallgemeinerung des, nun neoliberal gemeinten und die Agenda 2010

für die Länder der EU anpreisenden, „Modell Deutschland“. Damit ist die „Gefahr eines ‚deutschen Europa‘“ (Habermas) verbunden – die Fortsetzung von Europa als Elitenprojekt ohne eine europäische Öffentlichkeit, weiter forciert nach den längst „gescheiterten Ideen“ neoliberaler Glaubenssätze und dabei sehenden Auges Grundrechtsverletzungen in Kauf nehmend. Dies kennzeichnet die Herausforderungen für die Gewerkschaften. Die zunehmend konstruktiv-kritische Europadebatte in den Gewerkschaften ist erfreulich. Dass sie in der eigenen Mitgliedschaft nur mühsam Boden gewinnt und in der medialen Öffentlichkeit noch weitgehend ignoriert wird, ist ihr Problem. Dagegen Positionen offensiver öffentlich zu besetzen fällt weiterhin schwer. Aber es waren noch immer unerwartete Ereignisse, die schließlich die Voraussetzungen für tiefgreifendere Veränderungen geschaffen haben. Der herrschende Politikbetrieb bereitet solchen Ereignissen in Gestalt neu aufbrechender Konflikte, zunächst vermutlich in südeuropäischen Ländern, unbeirrt den Boden. Es kommt also darauf an, alternative Konzepte weiter auszuarbeiten, um auf die sicher kommenden Konflikte vorbereitet zu sein.

III. Zwölf Fragen im Hinblick auf Antworten auf die Europa-Krise

1. **Wie viel Dummheit regiert die Welt ?“**

„Sicherlich kann man mit Paul Krugman als Repräsentanten „standard-keynesianischer Antworten auf die Europakrise (Zinn 2013) im Blick auf die EU fragen, wie viel Dummheit die Welt regiert“ – oder sich erschrocken an Barbara Tuchmans (1984) historische Analysen über „die Torheit der Regierenden“ erinnern; aber was sind heute die tieferen Gründe für die trotz wachsender Legitimationsprobleme immer noch anhaltende neoliberale Hegemonie in Europa?

- Eine fortgesetzte Forcierung von Marktkonkurrenzen, auch zwischen den als „Wettbewerbsstaaten“ ausgebenen Mitgliedsländern der EU?
- Die postdemokratische Krise der Repräsentation, also: die Zersetzung von demokratischer Öffentlichkeit in den Mitgliedsländern der EU bzw. überhaupt ihr Fehlen auf europäischer Ebene, eine kaum mehr verhüllte „Demokratieverachtung“ (Urban 2013) von Teilen der herrschenden Eliten, die kurzfristige und bornierte Interessenorientierung der Herrschenden und die Krise der Sozialdemokratie oder in einem Wort Elitenversagen?
- Die fortschreitende Schwächung traditioneller Institutionen und Organisationen der lebendigen Arbeit?
- Die „Flüchtigkeit“ von ja immerhin vorhandenem Protest und von sozialen Bewegungen, die auf einen neuen Modus des Politischen von unten zielen?

2. **Wie verhält sich die alte Nationalstaatlichkeit zur Neubegründung Europas ?**

Die Nationalstaaten sind Konstrukt des 19. Jahrhunderts an dem u. a. eine Generation von Historikern heftig mitgearbeitet hat. Ihre Wohlfahrtsstaatlichkeit ist eine wesentlich sozialdemokratische Errungenschaft nach der Weltwirtschaftskrise 1929ff und den Niederlagen der deutschen und europäischen Arbeiterbewegungen.

- Wie kann heute gegenüber dem immer noch prägenden „Weiter so“, das mittlerweile irrlichternd eine Bewahrung des Status Quo in je nationalstaatlichen Kontexten verspricht, während sie ihn doch aushöhlt, aus der Verteidigung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen auf dieser Ebene heraus der Aufbruch in eine neue europäische Solidarität neu gedacht werden?
- Warum lässt sich so schwer zeigen, dass Europa als Elitenprojekt in eine Sackgasse führt und die Politik der Konservativen immer auch Politik im Interesse je nationaler Wirtschaftseliten ist und auch deshalb europapolitisch in Sackgassen führt?
- Wer arbeitet eigentlich heute mit auch nur annähernd vergleichbarer Intensität wie die Geschichts- und Staatswissenschaften des 19. Jahrhunderts an der Idee des Nationalstaats am zukunftssträchtigen Entwurf eines solidarischen Europa?

3. *Ist der Weg vom Ende der alten Arbeiterbewegung zur fortschreitenden Erosion ihrer institutionellen Errungenschaften aus der Kraft ihrer Organisationen und Institutionen heraus umkehrbar?*

- Liegt nicht das Ende der alten Arbeiterbewegung – als Bewegung – schon weit zurück?
- Warum wurden grundlegende programmatische Debatten in Anknüpfung an alte Konzepte nach der Durchsetzung der „institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft“ (v. Ferber 1961) mit ihrer „halben Demokratie“ auf kapitalistischer Grundlage immer rarer?
- Warum wird heute kaum an Beteiligungsmodellen (wie Zukunftswerkstätten oder Planungszellen) des „mehr Demokratie wagen“ der 1970er Jahre anzuknüpfen versucht, die nicht zuletzt aus den kulturevolutionären Bewegungen von 1968 heraus entwickelt worden sind?
- Warum werden eigentlich Ziele wie Niederlagen dieser Bewegung heute, da mit den multiplen Krisenentwicklungen eine „Rückkehr in die Zukunft“ (Wolf 2012) wieder möglich wird, so wenig reflektiert?
- Zeigen uns die historischen Erfahrungen nicht auch, dass es ohne neue soziale Bewegungen kein wirkliches Erneuerungspotential geben kann, und was heißt das für die traditionellen Organisationen der lebendigen Arbeit heute?

4. *Verdankt sich der Triumph der TINA-Politik nicht auch dem „moralischen Verschleiß“ alternativer Entwürfe, und was erklärt die Wirkungslosigkeit vorhandener kritischer Analysen?*

- Ist es die Erosion politischer Öffentlichkeit?
- Sind es Schwächen der bisher vorliegenden kritischen Analysen?
- Wirkt der moralische Verschleiß der überkommenen Konzepte der Systemtransformation und Alternativen so nachhaltig?
- Oder ist er immer noch nicht hinreichend Herausforderung dazu, deren Unzulänglichkeiten neu zu reflektieren?

5. **Wie ist Demokratisierung heute als Schaffung des Demos und Selbstermächtigung der Machtlosen zu denken?**

- Setzt der Anspruch, heute Demokratisierung neu zu denken nicht den systematischen Rückbezug auf das „demokratische Projekt der Moderne“ von seinen ersten Anfängen an voraus?
- Muss man dann nicht eine tatsächliche „Demokratieverachtung“ (Urban 2013) weiter Teile der herrschenden Eliten kritisieren und den Unterschied zwischen „hierarchischer“ und „offener“ Demokratie (Fisahn 2013) bzw. zwischen Demokratie als Legitimation von Herrschaft durch Wahl von Repräsentanten auf Zeit und Demokratie als Gesellschaftsverfassung mit dem Ziel der Zurückdrängung und tendenziellen Aufhebung von Herrschaft neu akzentuieren?
- Zeichnete sich die noch vorkapitalistische amerikanische Gesellschaft nach der Revolution von 1776 nicht noch durch den Anspruch auf eine offene Demokratie und zugleich durch ausgesprochen egalitäre Züge aus (Lindert/Williamson 2011)?
- War dies nicht auch Kennzeichen aller späteren sozialistischen, aber auch der westlichen wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaftsvorstellungen?
- Wie ist vor diesem Hintergrund die Geschichtsvergessenheit sozialdemokratischer Reformpolitik in Zeichen von „New Labour“ heute eigentlich zu erklären, und wie lange ist der Verzicht auf ihre grundlegende Überprüfung angesichts fortgesetzter sozialer, ökologischer und politischer Krisenentwicklungen noch erträglich?
- Warum wagt es heute keine der Parteien und Organisationen, die in der alten Arbeiterbewegung wurzeln, die notwendigen Fragen nach grundlegenden Alternativen ernsthaft aufzuwerfen, an denen einzelne WissenschaftlerInnen und neue soziale Bewegungen immerhin rühren?

6. **Gegen welche Widerstände und Gegner muss sich Demokratisierung im Sinne solcher Selbstermächtigung richten?**

In vorliegenden Analysen werden die Austeritätspolitik und der „phantasielose Opportunismus“ (Habermas) es herrschenden Politikbetriebs zunehmend scharf kritisiert. Solche Kritik wendet sich gegen Mut- und Phantasielosigkeit institutionalisierter Politik, dagegen, dass letztlich nationale Interessen postuliert und verfolgt werden.

- Reicht der Hinweis auf die Schwächen der institutionalisierten Politik, die - zumal unter dem Druck multipler Krisenentwicklungen – immer tiefer in der Politikverflechtungsfalle“ (Scharpf) verfangen ist?
- Folgt solche Kritik nicht letztlich immer noch den ihr von der kritisierten Politik vorgegebenen Bahnen?
- Wenn empirische Analysen einer kanadischen liberalen Politikerin inzwischen begründet den Aufstieg der Plutokratie einer neuen globalen Elite und den Abstieg aller Anderen (Freeland 2013) nachzeichnen, geht es dann nicht um Klasseninteressen, die durchgesetzt oder unterdrückt werden?
- Wie kann diese Wahrheit heute in geeigneten Formen, die der Polemik von „Vorgestrigkeit“ vorbeugen, wieder ausgesprochen werden?

- Wie radikal müsste vor solchem Hintergrund Demokratisierung in unseren Zeiten postdemokratischer und refeudalisierender Entwicklungen neu gedacht werden?
- Müsste Demokratie dazu nicht radikal und partizipativ in Wirtschaft und Gesellschaft gefordert und entfaltet werden, weil nur so die vorhandenen und dringend benötigten Potentiale der vielberufenen modernen WissensarbeiterInnen zur Bewältigung multipler Krisenentwicklungen ausgeschöpft werden können?
- Und wie ist ein solches Konzept radikaler Demokratie vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Jahrhunderts der Revolutionen (Arendt 1974) und dem Selbstverständnis der traditionellen Institutionen und Organisationen der lebendigen Arbeit heute im Zeichen „neuer Arbeit“ – etwa entsprechend den allgemeinen Überlegungen zu einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“ (Martens 2010) - schrittweise auf der Höhe der Zeit zu konkretisieren?

7. Welche Handlungsoptionen entstehen neu zwischen „neuer Arbeit“ in global vernetzten Produktionsräumen und Prekarisierung? Wenn der alte Kern der industriellen Arbeitsgesellschaften schrumpft, wie ist da das Handlungspotential der traditionellen Organisationen der Arbeit einzuschätzen?

- Die durch die EU-Politik seit Maastricht einseitig auf Marktliberalismus und Wettbewerbsfähigkeit orientierte Entwicklung – durch Lissabon-Strategie (2000) und Fiskalpakt (2013) fortgesetzt – hat, innerhalb der EU, forciert durch den technologischen Schub der IuK-Technologien enorme Migrationsströme ermöglicht, neue, vernetzte Produktionsräume geschaffen, zugleich die alten Kerne industrieller Produktion verändert, relativ schrumpfen lassen und/oder innerhalb der globalen Ökonomie massiv verlagert.
- Generell ist diese Entwicklung von einer Prekarisierung von Arbeit begleitet.
- Das Handlungspotential der Gewerkschaften als traditioneller Organisationen der lebendigen Arbeit wurde dadurch geschwächt.
- Zugleich ergaben sich neue Ansatzpunkte und Herausforderungen in Bezug auf nun wachsende, bislang eher gewerkschaftsferne Beschäftigtensegmente.

8. Muss man heute nicht den „durch das Kapital geschaffenen realitätsmächtigen aber falschen Gesamtarbeiter“ mittlerweile viel stärker europäisch begreifen und beschreiben?

Der voranstehend umrissene Prozess hat den unter kapitalistischen Bedingungen immer wieder neu hervorgebrachten „realitätsmächtigen aber falschen Gesamtarbeiter“ (Negt/Kluge 1981) in einer neuen europäischen Dimension neu formiert und zugleich, die europäische Marktintegration flankierend, „die Gewalt des Zusammenhangs“ in fortschreitend postdemokratischen Formen neu konstituiert..

- Stellen sich hier alte Fragen unter den Bedingungen „neuer Arbeit“ neu?
- Wie können sich die je nationalstaatlich verankerten und geprägten Gewerkschaften europäischer aufstellen und wie könnte das organisiert werden?

- Gibt es auch unabhängig vom Handeln der Gewerkschaften Ansatzpunkte übernationaler Vernetzung moderner WissensarbeiterInnen?
- Welche Möglichkeiten lassen sich finden oder besser ausschöpfen, um einer europäischen politischen Öffentlichkeit näher zu kommen?

9. ***Wenn neuer Protest sich in Gestalt nicht linearer Systeme entfaltet, und über die Netze mächtig werden kann, aber „flüchtig“ bleibt, wie organisiert sich solcher Protest dann dauerhaft?***

- Welche Chancen haben solche Bewegungen, um an institutionalisierte Handlungsmöglichkeiten wirksam anzuknüpfen?
- Welche Herausforderungen stellen sich für die traditionellen Organisationen und Institutionen der Arbeit im Verhältnis zu solchen Bewegungen?
- Wie können sie Dialogräume im Verhältnis zu ihnen wirkungsvoller herstellen – nicht zuletzt zur Erneuerung eigener gesellschaftspolitischer Gestaltungsmacht?
- Können sie dabei selbst stärker als bisher im Verhältnis zur eigenen Mitgliedschaft neue Beteiligungsformen herstellen?
- Sind solche Beteiligungsformen nicht zugleich Voraussetzung dafür, alt bewährte, aber längst erodierende korporatistische Handlungsmuster zugleich zu stärken, aber auch auf die Probe zu stellen und ggf. in den bisherigen Formen infrage zu stellen?

10. ***Welche Handlungsansätze entwickeln sich gegenwärtig aus den höchst unterschiedlichen Bewegungen der Jahre 2011ff heraus?***

- Wo sind aus ihnen heraus Akteure einer „neuen Politik der Arbeit“ in Erscheinung getreten?
- Wie kann es gelingen, den Protest der jungen WissensarbeiterInnen, denen die marktliberale EU immer weniger Zukunftschancen eröffnet, als „Vorreiter der 99 Prozent“ auch zu einem gewerkschaftlichen Protest zu machen?
- Warum gelingt es nicht, die Eltern dieser jungen WissensarbeiterInnen, die selbst die Technologieschübe innerhalb der EU entscheidend forcieren, in neuen vernetzten Produktionsräumen arbeiten, neue FuE-Zentren in Osteuropa mit aufbauen und mit ihrer eigenen Arbeit in den alten Zentren vernetzen usw. von ihrer Orientierung an dem „einen Prozent“ zu lösen und zunehmend zu einem aktiven Teil der 99 Prozent zu machen?
- Gälte nicht, dass wenn die globale Superelite deren Loyalität verliert, „es wirklich sehr einsam um sie werden“ könnte (Freeland 2012)?

11. ***Wie kann man die multiplen Krisenentwicklungen besser zusammen denken, um zu einer klareren Konturierung der Ziele des Protests beizutragen?***

- Was lässt sich tun, um gegen die oft spezialdisziplinär parzellierten Krisenanalysen eine stärker integrierte Sichtweise durchzusetzen?
- Gelingt es uns schon hinreichend, die kollektiven und kontroversen Debatten und Diskurse über Alternativen zum „Weiter so“ des herrschenden Politikbetriebs produktiv zu verknüpfen?

- Was können wir hier auch seitens des FNPA für eine bessere Vernetzung tun?
- Wie können die Gewerkschaften zu einem wirklichen Teil einer neuen Mosaiklinken werden, wenn sie den ökologischen Umbau der Gesellschaft zwar verbal fordern, aber an konkretisierenden Schritten dazu noch kaum arbeiten?

12. Mit welcher alternativen „Erzählung“ kann man gegen Konkurrenz auf neoliberal gedachten Märkten Kooperation in einem solidarischen Europa voranbringen?

Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929ff hat Europa die weltweit schlimmsten, nämlich faschistischen Entwicklungen, aber auch lange Zeit vorbildliche wohlfahrtsstaatliche Lösungen vor allem in den skandinavischen Ländern hervorgebracht und in vielen Ländern Nachkriegseuropas etabliert. Nach den „goldenen Jahrzehnten des Fordismus“ sind sie unter dem Druck des neoliberalen Rollbacks erodiert. Angesichts der multiplen Krisenentwicklungen unserer Gegenwart schließlich ist im Ergebnis der Europawahlen 2014 eine weitere Stärkung rechtspopulistischer, z. T. sogar offen rechtsradikaler antieuropäischer Strömungen zu erwarten. Das Wahlprogramm der CSU, die ja rechts von sich keinen anderen Parteien Raum lassen will, liefert in Deutschland einen Vorgeschmack darauf. Was wären dagegen Stichworte für ein solidarisches Europa?

- Für ein Europa seiner Bürger auf Grundlage einer europäisch erneuerten sozialen Bürgerschaft – Sozialstaatliche Erneuerung muss Marktlogiken Grenzen ziehen.
- Gegen ein Europa marktbeherrschender Banken und Konzerne – die bloße Freiheit der Märkte allein hatte immer Massenelend in der Folge (Arendt).
- Für ein Europa der Vielfalt – wir können, wollen und dürfen nicht allen Staaten Europas die deutschen Tugenden aufoktroyieren.
- Für ein Europa, das in der Bekämpfung ökologischer Krisenentwicklungen vorangeht – statt der Märkte gilt es hierfür die Kreativität seiner BürgerInnen zu entfesseln und staatliche Politik anders zu orientieren.

Wie lassen sich die Herausforderungen einer Politik zur Neuerfindung Europas angesichts der absehbaren Ergebnisse der Europawahlen 2014 entlang solcher Orientierungen weiter ausbuchstabieren?

Literatur:

- Arbeitsgruppe Demokratie des Instituts Solidarieche Moderne (2013): Für einen neuen Modus des Politischen, in: Buckel; S.; Oberndorfer, L.-; Trowt, A.; Ypsilanti, A. (Hg.): Solidartisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven, Hamburg 2013, S. 66-91
- Arendt, (1974): Über die Revolution, München Zürich
- (1993): Was ist Politik? Fragmente aus de Nachlass, Hgg. von U. Ludz, München Zürich
 - (2003): Denktagebuch, München – Zürich
- Balibar, E. (2008): Die Philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zur Kritik der sozialen Grundrechte, in: Lindner., U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 656. Geburtstag, Münster
- Buckel, S.; Oberndorfer, L.; Troost, A.; Ypsilanti A. (2013): Solidarisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven, Hamburg
- Bsierske, F. (2014): Ein neuer Weg für Europa, in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S.32-41
- Buntenbach, A. (2014): Wer hat Recht(e) in Europa? Die Grundrechtsverletzungen der Troika beenden- Schluss mit dem Austeritätstkurs!, in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S.3-11
- Castel. R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Castel., R.; Dörre, K., (Hg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York
- Das Argument (2013): Widersprüche und Kontexte der europäischen Integration, Heft 301/2013
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Frankfurt am Main
- Europa Neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen! www.europa-neu-begrunden.de/index.html
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit n der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habilitationsschrift, Göttingen (nur teilweise veröffentlicht)
- Fiesahn, A. (2013): Kries der Demokratie in der EU und in den Mitgliedsstaaten, in: Sauer, T.; Wahl;
- Fischer-Lescano (2014): Austeritätspolitik und Menschenrechte: Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss von Memoranda of Understanding. Rechtsgutachten im Auftrag der Kammer für Arbeiter/Innen und Angestellte für Wien (in Kooperation mit dem ÖGB, dem EGB und dem EGI), Bremen
- FNPA-Jahrestagung (2012) „Europakrise: Passive Revolutionen oder demokratische Aufbrüche?“, 23./24. März 2012, IG Metall-Bildungszentrum Berlin, Protokoll, www.FNPA.de
- (2013): „Soziale Lage, soziale Bewegungen, Kräfteverhältnisse in den europäischen Ländern. Einführender Überblick für die Arbeitsgruppen, FNPA Jahrestagung 2013: „Ökonomische und politische Krise in Europa – Chancen für ein demokratisches und soziales Europa“, Berlin 01. Und 02. Februar 2013 (www.FNPA.de)
 - (2013): Workshop „Subjektkonstellation für eine alternative europäische Politik“, Berlin, 15.08. 2013 (www.FNPA.eu)
- Freeland, C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Frankfurt

- Glawe, H. (2014): Thesen für die FNPA-Jahrestagung 2014. Vorlage für die FNPA-Steuerungsgruppe
- Habermas, J. (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Ders.: Ach Europa. Kleine politische Schriften XI, Frankfurt am Main
- Habermas, J. (2011): Ein Pakt für oder gegen Europa?, In: Süddeutsche Zeitung, 07.04. 2011
 - (2013): Europäische Zustände. Fortgesetzte Interventionen, in: ders.: Im Sog der Technokratie, Berlin, S. 115-157
 - (2014): Für ein starkes Europa – was heißt das? Vortrag auf einer Klausurtagung der SPD am 02. Februar 2014, IN: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, 2014, S. 85-94
- Lehndorff, S. (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Lemb, W.; Urban, H.-J. (2014) Ist die Demokratie in Europa noch zu retten? Plädoyer für einen radikalen Pfadwechsel in der Europapolitik und der Europäischen Union, in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S.42-54
- Lindert, P.; Williamson, J. (2011): „American Incomes before and after the Revolution“, NBER Working Paper Nr. 17211, Juli 2011
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2014a): Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Helmuth Plessner, Norbert Elias, Hannah Arendt, Michel Foucault und Jacques Rancière zusammen – und weiterdenken, Münster (im Erscheinen)
 - (2014b): Beteiligung und Demokratisierung angesichts „Neuer Arbeit“ – Aufgaben der Demokratisierung digitaler Wissensarbeit im Zeichen von Subjektivierung und Prekarisierung, in: Schröder, L.; Urban, H. -J. (2014): Gute Arbeit. Ausgabe 2014. Profile prekärer Arbeit – Arbeitspolitik von unten, Frankfurt am Main, S. 298-308
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (2001): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstaussbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt am Main
- Merkel, A. (2013): Rede der Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum, www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn. Frankfurt
- Nowak, W. (2002): Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in Politik, in: Fricke, W. (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 2001/2002, Bonn, S. 215-220
- Oertzen., P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Sauer, T.; Wahl, P. (2013): Welche Zukunft für die EU? Eine Kontroverse, in: Dies. (Hg): Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac, Hamburg 2013, S. 8-26
- Schäfers, D. (2014): Die EU – auf dem Weg zu Arbeitsverhältnissen wie in Katar? in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S. 12- 21
- Scharpf, FR. W. (1985): Die Politikverflechtungs-Fälle. Europäische Integration und Deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahrsschrift, 4/1985, S. 323-356
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2004): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit. Ein Tagungsband, Münster
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens., H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster

- Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, A.;Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Pieper, W.; Wolf, F.O. (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster
- Schulz, M.- (2014): „Die EU muss sich in Gänze verändern“, in: Süddeutsche Zeitung, 20.01.2014
- Standard-Europabarometer 80 (2013): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse, Herbst 2013
- Hickmann, C. (2014): Mehr Demokratie wagen. Der Philosoph Jürgen Habermas erklärt dem Parteivorstand der SPD, wie man es noch ein bisschen besser machen könnte, SZ 03.02.2014
- Tuchman, B. (1984): Die Torheit der Regierenden - Von Troja bis Vietnam, Frankfurt am Main
- Urban, H.-J. (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus, Hamburg
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Weizsäcker, E. U. v.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München
- Wolf, F. (2012): Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster
- Zinn, K. G. (2013): Eine Keynesianische Einschätzung der Euro-Krise, in: Das Argument, 301/2013. Widersprüche und Kontexte der europäischen Integration, S. 47-60